

29.05.2018

**Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 07.06.2018 zum Antrag Drucksache 17/1666 der SPD-Fraktion**

**"Sockelfinanzierung einführen: Für eine ehrliche, auskömmliche und qualitätsfördernde Finanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW"**

**Stellungnahme des LEB NRW:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen (LEB NRW) bedankt sich für die Einladung zur Anhörung und nimmt gerne die Möglichkeit der Stellungnahme wahr.

Auch für den LEB NRW ist klar, dass die Kindertagesbetreuung auf Dauer auskömmlich und qualitätsfördernd finanziert sein muss.

Für den LEB NRW ist eine ausreichende, transparente Finanzierung des Gesamtsystems notwendig, welche die realen Kosten abdeckt. Dabei ist eine gute finanzielle Ausstattung aller Einrichtungen im Land Grundvoraussetzung. Wir fordern jedoch weiterhin, wie auch im Antrag gefordert, zusätzliche Mittel für Einrichtungen mit erhöhtem Bedarf, um für diese Kinder vergleichbare/einheitliche Bildungs- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Beim Thema Elternbeiträge ist dringender Handlungsbedarf geboten. Dies ist aus unserer Sicht eine gemeinschaftliche Aufgabe von Kommunen, Land und Bund. Dabei ist es wichtig, dass dieses Thema gemeinschaftlich angegangen und nicht verschoben wird.

Unsere Forderung seit der Entstehung des Landeselternbeirates ist klar:  
Schaffen sie diese Beiträge ab!

- [www.lebnrw.de](http://www.lebnrw.de) -

Für uns ist die frühe Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die finanziell auf die starken Schultern der ganzen Gesellschaft zu stellen ist. Daher werden wir auch von der aktuellen Landesregierung weitere Schritte, über das bereits erreichte letzte beitragsfreie Jahr, fordern. Aus dem Antrag der SPD geht der Umgang mit dem erreichten letzten beitragsfreien Jahr nicht hervor.

Dieses letzte beitragsfreie Jahr betrachten wir aber als wichtigen Baustein für weitere Schritte in eine echte Beitragsfreiheit.

Eine Elternbeitragsfreiheit wäre auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau. Die Kommunen müssten nicht den immensen Aufwand der Einkommensüberprüfung von Hunderttausender Familien im Land durchführen und auch die Familien wären von einer bürokratischen Hürde befreit.

Diese Forderung wäre bei der Befreiung von 30 Stunden nur zum Teil erfüllt, denn im Kindergartenjahr 2017/2018 wurden mehr als die Hälfte der Kitakinder in NRW länger als 35 Stunden betreut.

Bis zu einer Realisierung einer vollkommenen Beitragsfreiheit fordern wir eine landesweit einheitliche, sozial gestaffelte Beitragshöchststabelle mit der Möglichkeit einer Abweichung zugunsten der Eltern. Denn Eltern beitragsfreier Kommunen, wie Düsseldorf, Düren und Monheim werden einen Rückschritt nicht nachvollziehen können.

Diese Tabelle muss auch eine Geschwisterkindbefreiung enthalten, die sowohl Kita als auch OGS umfasst.

Diese Beiträge müssten deutlich geringer ausfallen, als die derzeitigen.

Im Antrag wird den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt einen über den beitragsfreien Sockel hinausgehenden Belegungsanteil mit Elternbeiträgen zu finanzieren. Diese sollen sich nach dem Antrag der SPD am derzeitig geltende Anteil von höchstens 19% orientieren.

Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang zunächst die Frage, ob dabei auch Fixkosten, wie Miete etc. anteilig bezahlt werden sollen oder ob diese Teil des Sockels sind.

Darüber hinaus machen wir nochmals darauf aufmerksam, das bereits im Entstehungsprozess des KiBiz 19% als unrealistische Größe für den Elternbeitragsanteil betrachtet wurden. Sollte dies aber in einer neuen Gesetzgebung wieder auftauchen,

- [www.lebnrw.de](http://www.lebnrw.de) -

Geschäftsstelle des LEB: Attila Gümüs, Graf-Adolf-Str. 60, 51065 Köln

[kontakt@lebnrw.de](mailto:kontakt@lebnrw.de)

könnten sich einige Kommunen bemüßigt oder durch Rechnungsprüfungsämter gedrängt fühlen, diese auch zu realisieren. Dies würde eine gewünschte spürbare Entlastung der Eltern durch einen beitragsfreien Sockel konterkarieren.

Gerne wird beim Thema Beitragsfreiheit davon gesprochen, dass dies einem weiteren Ausbau der Qualität entgegenstehen würde oder sogar eine Qualitätsminderung zur Folge hätte. Die Herstellung eines solchen Zusammenhangs stellen wir zweifelsohne in Frage. Ein Blick über die Ländergrenze nach Rheinland-Pfalz hilft dabei. Laut Ländermonitoring Frühkindliche Bildung der Bertelsmann-Stiftung ist es der dortigen Landesregierung gleichzeitig gelungen die Eltern von den Elternbeiträgen zu befreien und den Personalschlüssel, einen Indikator für Qualität, zu verbessern. Es ist aus Sicht des LEB NRW, am Ende eine Frage des politischen Willens.

Aus unserer Sicht ist auch ein größerer Beitrag des Bundes nötig. Damit wirklich „Gute Kitas“ bei rauskommen sollen, müsste der Betrag der geplante Betrag von 3,5 Milliarden für diese Legislaturperiode deutlich erhöht werden. Dies scheint uns angesichts der Haushaltslage auch möglich und angebracht.

Darüber hinaus müsste das finanzielle Engagement des Bundes nachhaltig sein und das es sich nicht nur um eine Anschubfinanzierung handelt.

Offen bleibt in dem Antrag, ob und wie sich die Betreuungszeiten gestalten sollen. Sollte dabei das Modell aus Hamburg Pate gestanden haben, würde dies neue sozialpolitische Fragestellungen aufwerfen.

Der Vorstand des Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW

Ansprechpartner für die Anhörung:

Attila Gümüs  
[attila.guemues@lebnrw.de](mailto:attila.guemues@lebnrw.de)

Katja Wegner-Hens  
[katja.wegner-hens@lebnrw.de](mailto:katja.wegner-hens@lebnrw.de)

- [www.lebnrw.de](http://www.lebnrw.de) -

Geschäftsstelle des LEB: Attila Gümüs, Graf-Adolf-Str. 60, 51065 Köln

[kontakt@lebnrw.de](mailto:kontakt@lebnrw.de)